

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmann Sonntagblatt“ und „Aufführer Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich 1,33 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,33 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiebegrabe unbeeidlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Tagesblätter: 10.— M., das Ausland, täglich Postgebühr. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 102

Dienstag, den 2. September 1930

32. Jahrg

## Neues in Kürze.

Die Rollen für die diesjährige Reichstagswahl werden, soweit der Staat für dieselben aufkommen muß, auf 2 800 000 Mark geschätzt; die Anteile der einzelnen Parteien sind naturgemäß erheblich höher.

Poincaré wendet sich in einem Artikel „Im Ofen nichts Neues“ mit deutlicher Schärfe gegen jegliche Revision der deutschen Diktoren.

Die englische Arbeiterzeitung „Daily Herald“ greift das Reichsarbeitsministerium in scharfer Weise wegen angeblicher Verbindungen mit der russischen Roten Armee an.

Der polnische Staatspräsident hat die Auflösung des Sejm und des Senats mit Wirkung vom 30. August verkündet und die Daten für die Neuwahlen festgelegt.

## Weltwirtschaft und Tribute.

Berechtigtes Aufsehen haben im Laufe der letzten Wochen in allen europäischen Ländern und insbesondere natürlich in Deutschland maßgebende englische Stimmen erregt, welche die internationale Depression im wesentlichen auf die deutschen Tributleistungen und die dadurch veranlasseten Störungen der internationalen Geldmärkte zurückzuführen wollen. Es ist heute allerdings noch nicht ganz geklärt, ob der Zusammenbruch der Weltkonjunktur durch die Art der internationalen Schuldenverteilung, wie sie im Youngplan festgelegt wurde, geradezu verursacht worden ist. Eines aber steht heute schon fest, nämlich, daß der Wiederanstieg der europäischen Wirtschaft durch die gegenüber dem Dames-Plan nur unwesentlich geminderte Tributlast in verhängnisvoller Weise erschwert wurde. Bekanntlich schuldet Europa an Amerika einen Jahresbetrag von etwas mehr als 3 Milliarden Mark an Tributen, Kriegsschulden und Zinsen, eine Verpflichtung, von welcher der allergrößte Teil auf Deutschland lastet.

Innerhalb Europas verzeichnet nur Frankreich einen größeren Kapitalüberschuß aus politischer und politisch bedingter Verursachung. Seine Jahreszahlungen an Amerika und England liegen um einige hundert Millionen niedriger, als die sogenannten Reparationen, die es von Deutschland empfängt. Dieser Situation würde es entsprechen, wenn Frankreich und Amerika geneigt wären, ihren Forderungsinhalt durch Einkäufe bei den Hauptschuldenländern einigermaßen auszugleichen. In Wirklichkeit ist genau das Gegenteil der Fall. Frankreich zieht es vor, seine Handelsbilanz aktiv zu erhalten und um jeden Preis noch mehr Gold an sich zu ziehen. Das ist vom Standpunkt der französischen Politik, der sich wirtschaftliche Interessen stets untergeordnet haben, durchaus verständlich.

Für Frankreich ist jede wirtschaftliche und politische Schädigung Deutschlands ein lohnenswertes Ziel, daß Frankreich zu seiner Erreichung sogar vor unrichtigsten Maßnahmen nicht zurückbleibt. Dieses Verhalten Frankreichs ist verständlich, dagegen ist es schwer begreiflich, wie die Amerikaner eine Politik des Hochschutzes und der Abwehr fremder Waren mit ihrer Eigenheit als Weltgroßhandlender und Besitzer von nahezu 50% der Weltgoldvorräte vereinigen wollen, ohne schweren Schaden an ihrer Wirtschaft zu erleiden. Wenn der Dawes- wie der Young-Plan auch keine formal juristischen Bestimmungen des Inhalts enthalten, daß die sogenannten Reparationen auf die Dauer nur durch Warenlieferungen abgegolten werden können, so hat diese Tatsache doch stets als leitend gegolten.

In Zeiten guter Konjunktur ist es jahrelang vorgekommen, daß diejenigen Mittel, die Deutschland als Tribute zahlte, ihm im Kreditweg gegen Zins zurückgegeben wurden. In der Depression fällt dieser Ausweg natürlich fort. Gestatten uns unsere Gläubiger nicht, ihnen mehr Ware zu verkaufen als in der Konjunkturzeit, so verlieren sie uns in eine Lage, in der sich unsere Importe automatisch verringern, wodurch natürlich die Krise der Rohstoffländer noch weiter vertieft wird. Die in der internationalen Handelspolitik zurzeit immer mehr Boden findende Tendenz, das Weltgleichgewichtssystem durch das Kontingentsystem zu ersetzen und möglichst von anderen Ländern nur soviel zu kaufen, als man ihnen selbst liefert, ist eben mit dem Fortbestehen von Tributen auf die Dauer nicht zu vereinigen, denn Tribute bedeuten, daß die belasteten Länder mehr exportieren als importieren müssen.

So bleibt den Gläubigerländern nur die Wahl zwischen der speziellen Schädigung ihrer Industrien und Rohstoffproduktion durch verstärkte Konkurrenz bzw. verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes und einer generellen Belastung ihrer Steuerabläufe durch die Tribute, die die Finanzminister der Gläubigerländer nicht entbehren zu können glauben. Englische und

amerikanische Blätter rechnen mit dem Zusammenbruch des Young-Planes bereits für das Jahr 1932. Es wird die Aufgabe der deutschen Politik sein, schon inzwischen Klarheit über den darzulegenden Charakterhalt zu verbreiten und für die Erkenntnis zu wirken, daß deutsche Exportsteigerung und deutsche Tributleistung auf die Dauer unvereinbare Dinge sind.

## Das Wohnungsbauprogramm

Senkung der Baukosten. — Verbilligtes Wohnen.

Berlin, 31. August.  
Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung für 1930 ist von weiten Kreisen, und zwar besonders in seinem technisch-ökonomischen Sachverhalte, die auch mit den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen rechnen, gesehen bei aller Betonung der Wichtigkeit, daß es bei der heutigen Finanzlage des Reiches keinen anderen Weg gibt, breiten Massen endlich menschenwürdige Wohnungen zu verschaffen, als den Weg, den die Reichsregierung eingeschlagen hat, also den Bauaufwand zu senken und damit auch den Wohnraum so weit zu vermindern, wie es noch zu verantworten ist.

In den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministeriums zum zusätzlichen Wohnungsbauprogramm sind drei Bautypen vorgesehen, und zwar Typ I: 2 oder 3 Räume von insgesamt 40 bis 50 Quadratmeter (2 Betten), Typ II: 3 oder 4 Räume von insgesamt 40 bis 50 Quadratmeter (3 Betten) und Typ III: 4 oder 5 Räume von insgesamt 45 bis 55 Quadratmeter (4 Betten). Zulässig ist das Einfamilien-Reihenhaus wie das Mehr-Familienhaus, und zwar erstens dort, wo Baugelände zu entsprechend billigen Preisen zur Verfügung steht, und wo auch die Aufschüttungskosten niedrig sind. So haben ist in kleineren und mittleren Städten bis zu 3 und nur in Großstädten bis zu 4 Geschossen zugelassen. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß überall für ausreichende Belüftung und Befestigung aller Wohnräume gesorgt ist, und daß jede Wohnung ihren eigenen Abort bekommt. In der Praxis hat sich erwiesen, daß bei den angegebenen Maßnahmen betriebsfähige Grundstücke für Familien mit mehreren Kindern möglich sind.

Das Reichsarbeitsministerium hat bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet, um eine Senkung der Baukosten zu erzielen.

Ausdrücklich ist auch in den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers gesagt, daß von der Durchführung des zusätzlichen Bauvorhabens sofort abgesehen werden sollte, wenn nicht eine Senkung der Baukosten zu erreichen ist und Sicherheiten dagegen geschaffen sind, daß etwa nach Genehmigung der Bauausführungen eine Preissteigerung eintritt. In solchen Fällen soll das Reichsarchiv zurückgezogen werden. Das Reichsarbeitsministerium ist weiterhin bemüht, mit strengstem Nachdruck auf die Senkung der Baukosten und Baustoffpreise hinzuwirken. Die Einparungen an Baukosten durch die im Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung vorgelebene Verminderung des Bauaufwandes werden auf 7 bis 8 Prozent berechnet.

Die Zulässigkeit des Bauprogramms soll unter allen Umständen gewahrt werden. Alle Arbeiten bei Durchführung des Wohnungsbauprogrammes müssen, sofern sie den Charakter zusätzlicher Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm haben, ohne Ueberstunden ausgeführt werden. Arbeitsträger müssen von den Arbeitsschichten bezogen werden, und schließlich darf nur inländisches Material verwendet werden.

Nicht verkannt soll schließlich werden, daß durch die nach dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm zu schaffenden Wohnungen die Nachfrage nach den nicht im Rahmen dieses Programmes ausgeführten Neubauwohnungen vermindert, und dadurch auch ein gewisser Druck auf die Preise für diese Neubauwohnungen ausgeübt wird.

## 25. Deutscher Mietertag.

Festvortrag Ebbes.

Dresden, 31. August.

In Dresden wurde der 25. Deutsche Mietertag eröffnet. Für die jährliche Staatsregierung sprach Ministerialrat Dr. Edelmann. Dann hielt der Bundesvorsitzende J. Herrmann die Festrede.

### „Die Wohnungsfrage eine Kulturfrage“

Das Thema, das der Reichstagspräsident Ebbes für seinen Festvortrag gewählt hatte. Die erste Voraussetzung für eine Wohnung, die den kulturellen Bedürfnissen entspricht, ist ihre engere Verbundenheit mit der Natur, die auf verschiedene Weise gesichert werden kann. Eine weitere Voraussetzung ist der genügende Umfang der Wohnung, nach Zahl der Räume und ihrer Größe. Genügender Wohnraum ist nicht nur aus Gründen körperlicher Gesundheit, sondern auch zur geistigen Entwicklung nötig, mag es sich um die Spielende für die Kinder, den Arbeitsplatz für den Schüler oder um die Vermietung der Wohnungen für Erwachsene handeln, die allzu eng aufeinanderliegen. Der Wohnungsbau und die Wohnungspflege müssen mit Hilfe der Gesetzgebung von Reich, Länder und Gemeinden einer höheren Kultur zugeführt werden.

## „Im Ofen nichts Neues.“

Poincaré über die Ostkonferenzfrage.

Berlin, 31. August.

In einem Berliner Blatt nimmt der ehemalige Präsident der französischen Republik Poincaré zu der Ueberschrift „Im Ofen nichts Neues“ zu der Frage der Revision der Ostgrenzen Stellung. Das Blatt weist in einer Kopfnote darauf hin, daß es die brutale deutliche und für die französische Politik charakteristische Stellungnahme Poincarés bringe, um eine deutliche Antwort zu ermöglichen. Diese Antwort werde Herrn Poincaré durch Minister Trepoignant erteilt werden. Die Ueberschrift des Aufsatzes stamme vom Verfasser, auch die Uebersetzung ins Deutsche sei von französischer Seite gegeben. — In dem Artikel weist Poincaré zunächst darauf hin, daß die Ablehnung der von Clemenceau gewünschten Sicherheitsverträge durch Amerika und England zu einem Bersten der Saupfäule von Versailles geführt habe.

Trotzdem sei Frankreich bestrebt gewesen, „den Tempel des Friedens“ (gemeint ist der Verfall der Vertrag) zu erhalten. Der Versuch auf die Beilegung der sogenannten deutschen Kriegsverträge, die Annahme des Dawes-Planes, des Young-Planes und die vorzeitige Räumung des Rheinlandes — das alles habe nach Poincaré immer wieder das Geispen der Revision in unmittelbare Nähe gebracht.

Er erhebt sodann einen scharfen Angriff gegen den Reichspräsidenten, indem er sagt: „Wie können unsere Nachbarn, wenn sie wirklich bei der Erleichterung eines Dauerfriedens mitwirken wollen, sich nicht über die Gefahr des Friedens gebens, die gegen die Ruhe Europas durch den nicht gelassen, aber immer gleichgemeintem Angriff des Präsidenten Hindenburg, Wirths und Trepoignants aufstürmt?“ — Unter Hinweis darauf, daß Deutschland sich durch Unterzeichnung des Kellogg-Planes den Weg zu einer Gesamtkonferenz verbaut habe, unterläßt Poincaré jedoch die verträglichen Möglichkeiten einer Verringerung der Ostgrenze und sagt, außer dem Artikel 19 gebe es noch einen Artikel 5, auf Grund dessen die Entscheidung des Saager Gerichtshofes über des Weiserbundsrats einstimmig gefällt werden müssen. Es genüge der Miberland Polen, und Artikel 19 habe keine Möglichkeit, ins Spiel zu treten.

Außerdem sei aber auch zu bezweifeln, daß man jemals für den Korridor oder Oberschlesien eine Lösung finden werde, die besser als der gegenwärtige Zustand wäre und ebenso dem Standpunkt des Reiches wie dem Polens gerecht werden würde. Zum Schluß gibt Poincaré eine für die chauvinistische französische Einstellung bezeichnende falsche Darstellung der Vorgänge vor der oberösterreichischen Abfertigung und glaubt, Deutschland vor der Unterminierung eines Wertes warnen zu müssen, „das der europäischen Einigkeit geweiht ist“.

## Bauernkredite und Osthilfe.

4 800 000 Mark bis Ende Mai.

Berlin, 30. August.

Vor Einrichtung des Staatskommissariats in Königsberg ist von den Kreditanstalten bei Betrieben bis zu 400 Morgen jeder 13. Antrag, bei Betrieben bis 800 Morgen jeder 25. und bei Betrieben über 800 Morgen jeder 55. Antrag auf Umschuldung abgelehnt worden. Im ganzen haben vor Einrichtung des Staatskommissariats etwa 80 Millionen Mark Kredite zur Verfügung gestanden. Aus dieser Summe hatten von 3300 Großbetrieben, die es in der Provinz gibt, fast 1000 Betriebe — das heißt jeder 3. Betrieb Km. 60 Millionen bekommen, das sind drei Viertel aller Gelder.

Von den 10 400 bäuerlichen Betrieben hatten 2400 — das ist jeder 43. Betrieb — Km. 20 Millionen erhalten.

Im letzten Jahre hat sich demgegenüber der Anteil der bäuerlichen Betriebslasten an den zur Verfügung gestellten Umschuldungsmitteln stark vergrößern können, bei den Betrieben von 20–40 Morgen um das Vierfache, 40–80 Morgen um das Dreieinhalbfache, 80–200 Morgen um das Dreifache, 200–400 Morgen um das Zweifache, sicherlich ein Ergebnis, das man vom Standpunkt der Gerechtigkeit nur begrüßen kann. Außerdem ist es gelungen, für die bäuerlichen Betriebe neben den allgemeinen Mitteln noch besondere „Bauernkredite“ flüssig zu machen.

Aus diesen Mitteln sind bis Ende Mai 1930 1962 Anträge mit rund Km. 4 800 000 — berücksichtigt worden. Inzwischen sind weitere nicht unerhebliche Summen an die Bauernbetriebe ausgegeben. Es ist also hier endlich einmal gelungen, auch die kleinen Landwirte, die bei ihrer Unerschaffenheit in Geldsachen sonst fast immer zu spät gekommen waren, wirksam zu unterstützen. Doch wird gerade diesem Punkt auch in Zukunft ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein.

### Curfus unterrichtet seine Badener Reife.

Baden-Baden, 31. August. Reichsaussenminister Dr. Curtius ist, während er in einer Verlesung in Baden-Baden sprach, infolge von Ueberanstrengung der letzten Tage unwohl geworden und konnte die Rede nicht zu Ende führen. Der Minister unterbrach seinen Aufenthalt in Baden und kehrte nach Berlin zurück.

## Das Heer treibt seine Politik.

Jeder Schritt vorwärts auf diesem Wege wird uns auch dem Auslande gegenüber stärken und uns befähigen, uns die Staaten zu Freunden zu machen, mit denen unsere Interessen uns zusammenführen, ohne daß wir ihnen dabei die natürliche Entwicklung unserer inneren Wirtschaft opfern müssen.

Auf diesem Standpunkt steht die Reichswehr heute noch. Die Bestimmungen des Kommunismus, der 3. Internationale bekämpft sie aufs schärfste. Und wenn behauptet wird, sie triebe irgendwelche Sonderpolitik gegenüber Ausland, so ist das in jeder Beziehung falsch. Politik bereitet die Reichswehr überhaupt nicht, sondern die Richtlinien für ihr Handeln empfängt sie von der Reichsleitung. Gegenüber Ausland sind es dieselben wie gegenüber jedem Staat, zu dem das Deutsche Reich gute Beziehungen unterhält: wir suchen militärisch von ihm zu lernen und setzen keinen Offizieren aus, was wir militärisch können, ebenso wie wir es mit Schweden, Spanien, der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und anderen taten.

Die Sowjetunion etwa anders zu behandeln als jene Staaten, wäre unfähig und gefährlich.

Denn, so sehr wir auch die weltrevolutionären Bestrebungen ablehnen und bekämpfen, so darf Deutschland darüber nicht vergessen, daß Moskau nicht nur das „Effi“, sondern in erster Linie die Regierung des russischen Reichs beherbergt, das auch heute noch ein wirtschaftlicher und politischer Machtfaktor ist, mit dem jeder europäische Staat rechnen muß.

## Neuregelung des Ruhegeldes.

Der Inhalt des Pensionsfürsorgegesetzes.

Berlin, 30. August.

- Das Reichsministerium hat den Entwurf eines Pensionsfürsorgegesetzes verabschiedet, das schon in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugeleitet wird. Aus dem wesentlichen Inhalt des Gesetzesentwurfes sind drei Punkte hervorzuheben:
1. Die Pensionsfürsorge bei Doppelverdienern,
  2. die Neuheftung des Ruhegeldes und
  3. die Beteiligung von Mithilftäten.

Was die Pensionsfürsorge bei Doppelverdienern angeht, so wird sie bei denjenigen Pensionierten durchgeführt, die durch eine Tätigkeit im Wirtschaftsleben noch ein sogenanntes Anwartschaftsgehalt beziehen. In allen diesen Fällen wird die Pension gekürzt. Pensionen bis zu einer Höhe von 6000 Mark bleiben von der Kürzung frei. Von dem überschüssigen Betrag wird das Anrechnungseinkommen um die Hälfte gekürzt. Falls die Einnahme 9000 Mark nicht übersteigt, findet eine Kürzung nicht statt.

In der Frage des Ruhegeldes wird vielfach der Wunsch geäußert, man möge das Ruhegeld auf 12 000 Mark begrenzen. Es hatten sich infolgedessen Mithilftäten ergeben, als Beamte, die besoldete Stabsstellen, nach verhältnismäßig kurzer Dienstzeit ein unverhältnismäßig hohes Ruhegeld bezogen. Diesen Mithilftäten soll durch den neuen Gesetzentwurf ein Ende gemacht werden. Nur diejenigen, die fünf Jahre in einer Stellung gewesen sind, sollen das zur Zeit gültige Ruhegeld erhalten. Bei allen übrigen wird das Ruhegeld nach einer bestimmten im Gesetzentwurf niedergelegten Staffeltung gekürzt. Kinder- und sonstige Familienzulagen werden vom Gesetzentwurf nicht betroffen.

Der Entwurf ist verfassungsgemäß. Er trifft nicht nur die Reichsbeamten, sondern auch die Beamten in Ländern und Gemeinden.

## Die Wahlkosten.

Was die Parteien zahlen.

Berlin, 31. August.

Wahlen kosten Geld. Sie kosten dem Staat Geld, sie kosten den Parteien Geld. Der Staat besorgt die Herstellung der Wahlfässer, die öffentlichen Anordnungen, die Beschaffung der Wahllokale, die Herstellung der 40 Millionen Stimmzettel und der dazugehörigen Briefumschläge. Die Gesamtkosten der letzten Reichstagswahlen beliefen sich auf rund 3 721 625 Mark. Davon entfielen auf die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 1 135 417 Mark, auf die Wahl am 7. Dezember 1924 1 079 419 Mark und auf die Wahl am 20. Mai 1924 1 556 789 Mark.

Erheblich höher sind die Ausgaben der Parteien für die Wahlpropaganda und die Durchführung des Wahlkampfes.

## Auf Schwankem Grund.

Roman von S. Abt.

(Nachdruck verboten.)

16. Fortsetzung.

„Ja, er mußte es. Sie war das Leben, sie, die da vor ihm stand in ihrer heißen, bürkenden Schönheit. Und das Leben paarte ihm mit drängenden Fäulnis, daß er die Mäuselchen haunte wie im Kampf des gewaltigen Siedegeschwemmers.“

„Was in ihm voranging, sah Franz nicht, nur seine äußere Erscheinung mißfiel sie. Eine anfängliche Sogge hatte er an, aber nur ein buntgefärbtes Baumwollhemd ohne weiche Mädel und an der Hölle wie am Knochenträger waren einzelne Kallusprünge sichtbar. Auf die Lippe sie legt mit dem Finger.“

„Was gehört auch mit zum Leben, so wie ich's meine. Das gehört auch mit dich nicht ebenfalls an, wenn du vom Bau fortgehst? Du hast's doch wahrhaftig nicht nötig, so wie ein gewöhnlicher Arbeiter rumzulassen.“

„Ich habe keine Zeit gehabt, erst nach Hause zu gehen und mich in Gala zu werben. Und im übrigen bin ich ein Arbeiter, Franz.“

„Du bist kein Arbeiter! Bist du nicht ein Bauer?“

„Du bist Bauer? Bist du nicht ein Bauer?“

„Über sein Lächeln rief das ihre nicht hervor, sie machte ein böses Gesicht.“

„Ach, laß mich in Ruhe. Du weißt's, daß die Art mich aufbringt, und legst's immer grad drauf an. Hat

Allerdings fehlen über diese Kosten nähere Angaben. Nur die Sozialdemokratie als einzige Partei hat eine Aufstellung ihrer Kosten für die drei letzten Reichstagswahlen bekannt gegeben. Daraus ergibt sich, daß die Sozialdemokratie für die letzten drei Wahlen zum Reichstag nicht weniger als 8 500 000 Mark aufgewendet hat. Abgesehen vom Zentrum, bei dem die Wahlkosten etwas geringer waren, nahen sich die Ausgaben der übrigen bürgerlichen Parteien denen der Sozialdemokratie.

So mußten die Deutschnationalen 1924 3 500 000 Mark Ausgaben, im Mai 1926 mindestens 5 000 000 Mark aufwenden. Bei den Demofalken dürfte jede der für sie abgegebenen Stimmen rund 1 Mark an Aufwendungen dafür betragen. Bei der Deutschen Volkspartei hat jede Stimme sogar 1,25 Mark gekostet.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Kosten des diesmaligen Wahlkampfes bestimmt nicht unter den Beträgen der früheren Wahlen liegen, wahrscheinlich aber bei der sehr frühzeitig eingeleiteten Wahlpropaganda erheblich darüber.

Sollen diese gewaltigen Summen nutzlos veran werden? Jeder deutsche Wähler hat es in der Hand, das zu verhindern. Er braucht nur sein Stimmrecht Gebrauch zu machen und seine Stimme der Parteien zu geben, die nicht die Zerschlagung, sondern den Wiederaufbau des Vaterlandes wollen.

## „Der Staat im Staate.“

Ausfälle des „Daily Herald“.

London, 31. August.

Die in einigen deutschen Blättern erschienenen Verdächtigungen der Reichswehr anlässlich des Selbstmordes der Frau Rittmeister a. D. Amllinger geben dem „Daily Herald“ Gelegenheit zu einem sensationell aufgemachten Bericht seines Berliner Vertreters, in dem schwere indirekte Beschuldigungen gegen die Reichswehr erhoben werden.

Das Reichswehrministerium sei praktisch ein autonomer Staat innerhalb des Deutschen Reiches, da es seine eigene Außenpolitik, besonders gegenüber Rußland und Italien betreibt. Nicht einmal der deutsche Reichsanstler oder der Außenminister seien über die wahren Verhältnisse der Reichswehr im Klaren. In diesem Sinne geht es weiter. Der künftige Oberbefehlshaber der Reichswehr, General von Hammerstein, sei als Anhänger des Gedankens einer engeren Beziehung zu Moskau bekannt. Er sei kürzlich in Moskau gewesen, wo die Sowjetregierung ihm zu Ehren Banquetts veranstaltet habe. Das Blatt fügt sich weiter auf einen Bericht des französischen Geheimdienstes. Die Haltung der konservativen Presse hebt sich gegen die Ausfälle des sozialistischen Blattes sehr an. In keiner der übrigen Zeitungen werden ähnliche Beschuldigungen erhoben. Weshalb zweifelt die Berichterstattung des „Daily Herald“ verlohnt sich, um so weniger klar, als vor kurzem Zeit die sehr wesentliche Entfremdung in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau in England keineswegs übersehen wurde. Die Annahme liegt nahe, daß es sich hier um einen Versuch handelt, von ausländischer Seite her das Ergebnis der deutschen Wahlen zu beeinflussen.

## Die Entschcheidung gegen Danzig.

Der Einbruch in Berliner politischen Kreisen.

Berlin, 30. August.

Die Entscheidung des internationalen Gerichtshofes in der Frage des Beitritts Danzig zum internationalen Verzeichnis wird in politischen Kreisen Berlins naturgemäß lebhaft besprochen. Es wird darauf hingewiesen, daß die freie Stadt Danzig ein außerordentlich privilegiertes Statut habe, das einwandfrei besage, daß weder Polen noch Danzig in Frage, die den Beitritt zu Organisationen betreffen, völlig freie Hand hätten. In solchen Fällen sei immer eine gegenseitige Vereinbarung erforderlich. Ueber diesen Punkt sei man sich allerorts einig.

Der ganze Zustand der Dinge beweise, daß ohne eine Änderung des Statuts der freien Stadt Danzig andere Vertragsbedingungen nicht gefunden werden könnten. Sogar scheinbar könne nur gewußt und gewollt werden, daß eine gegenseitige Vereinbarung, und zwar noch bis zum Beginn der nächsten Sitzung des internationalen Arbeitsamtes im Mai kommenden Jahres gefunden werden möge. Es liege nach dem Gutachten des internationalen Schiedsgerichts kein Anzeichen vor, daß die internationale Jurisprudenz verlagert habe. Im Gegenteil enthalte das Gutachten alle Elemente für eine praktische Lösung.

eins schon einen Bräutigam, so will man auch Staat mit ihm machen können.“

„Auf das Staatsmädchen“ scheint's dir ja hauptsächlich ankommen.“ Er lachte nicht mehr. Seine Lippen zuckten, hellen Augen, die durch die fast vorgewandte Stirn mit den blutigen, rötlich-blonden Brauen doch erst Dürfters erhellten, besteten sich fest auf das Mädchen. Sie wurde rot. „Du — soll das etwa eine Stachelbeere sein? Wer in alles laß' ich mich nicht von dir dreinreden und anzieh' wenigstens tu ich mich, wie's mir paßt.“

„Ich herumdwelnd, drehte sie ihm den Rücken zu. Franz Dietbold kam in die Stube herein, ein paar Besenchen in der Hand, die beiden lächelnd und sich abgehend dasitzen sah, daß sie die Stirn hoch hatte es denn schon wieder was zwischen den beiden Stühlen geleistet? Sie stellte ihr Bier auf den Tisch und begann zu reden, als bemerkte sie durchaus nichts Auffallendes.“

„Ich war schnell noch mal drunten und hab' was zu trinken geholt und dabei hab' ich eine Neuigkeit gehört, die Sie gewiß auch interessieren wird, Ernst! Morgen feiern sie unten in der zweiten Etage Verlobung. Und mer der Bräutigam ist — jetzt denn hieß mal an: Ihr Bauherr ist's, Ernst, der Rechner.“

„Ach nee!“ Franz Kopf fuhr auf einmal wieder interessiert hervor. Ihre Mißbilligung war verfliegen. „Halt du denn davon noch gar nichts gewußt, Ernst?“

„Was gehen mich fremder Leute Privatangelegenheiten an.“ sagte er schroff.

„Fremde Leute — na weißt du, ich sollte doch meinen, wenn man tagtäglich mit jemand zu tun hat — was halt du denn eigentlich gegen den Bauherrn?“

„Er ist nicht mein Herr.“ brauste der Polier auf. Franz juckte die Schultern. „Serrgott, stütz dich doch nicht immer gleich wie ein Wilder auf jedes Wort. Du bist doch zu mal in Stellung bei ihm. Wenn er dir aber so zuwider ist, warum kündigst du denn nicht?“

## Kaesenerbetrug an Danzig.

Große Schmutzgelegenheiten zwischen Danzig und Ostpreußen. Danzig, 30. August.

Durch das Danziger Zollamt für Straßwaren wurden dieser Tage riesige Schmutzgelegenheiten aufgedeckt, die bis ins Jahr 1927 zurückreichen und an denen Danziger und ostpreussische Postbeamte im Verein mit größeren Danziger Textilfirmen zusammenarbeitet haben.

Der Plan zu den Schmutzgelegenheiten ging von den Postbeamten des Danziger Bahnhofspostamtes aus, die Verbindung mit Danziger Firmen suchten und fanden. Die Betrüger gingen in der Weise vor, daß sie hochwertige deutsche Textilwaren, die bekanntlich bei ihrer Einfuhr nach Danzig hohen Einfuhrzölle unterliegen, nicht gleich nach Danzig geschickt wurden, sondern zunächst nach Ostpreußen (Marienburg beim Königsberg). Dort ließen sie sie durch deutsche Postbeamte mit neuen Adressen versehen und als amtliche Patente nach Danzig schicken, ohne daß diese Patente nennmehr verzollt wurden. Bei den Schließungen leisteten Postbeamte der betreffenden Eisenbahnzüge zwischen Danzig und Marienburg Helfersdienste.

Der Schaden, der der Danziger Zollbehörde durch diese Betrügler im Laufe der letzten drei Jahre erwachsen ist, geht in die Hunderttausende von Danziger Gulden. Die Zollstrafe für die betreffenden Firmen dürfte mehrere Millionen Danziger Gulden betragen.

Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit sind bereits über Danziger Oberpostkassierer verhaftet worden. Mehrere Vertrauensleute großer Danziger Firmen, die in die Zolluntersuchungen verwickelt sind, sind bereits vernommen, aber einstweilen noch auf freiem Fuß belassen worden.

## Bergebene Liebesmuh.

Zunehmende Saatpropaganda in Frankreich.

Paris, 30. August.

Je mehr sich jederman in Frankreich darüber klar wird, daß das Saargebiet ein deutsch ist und auch bei der Abstimmung im Jahre 1935 deutsch bleiben wird, umso eifriger lebt die Propaganda, die, einmal darauf ausgeht, der französischen Öffentlichkeit unter Vorpiegelung falscher Tatsachen die hartnäckige Forderung Frankreichs bezüglich einer vorläufigen Rückgabe an Deutschland schmackhafter zu machen, zum anderen aber auch bei der Saarbefreiung selbst den Eindruck zu erwecken, als ob die französische Herrschaft für sie das Paradies bedeute, während die Rückkehr zu Deutschland unweigerlich in den Ruin des ganzen Saargebiets nach sich ziehen würde.

So macht ein französischer General de Cugnot in einem Partier Blatt verweisselte Anstrengungen, die Saarbevölkerung davon zu überzeugen, daß ihre Rückkehr zu Deutschland die prädicale Lage des Saargebiets zu machen, zum anderen aber auch bei der Saarbefreiung selbst den Eindruck zu erwecken, als ob die französische Herrschaft für sie das Paradies bedeute, während die Rückkehr zu Deutschland unweigerlich in den Ruin des ganzen Saargebiets nach sich ziehen würde.

## Zwangsarbeit in den Kolonien.

Frankreichs Furcht vor einem Standa.

Paris, 30. August.

Die französische Regierung hat ein Dekret erlassen, durch das nach außen die Kolonialgesetzgebung geändert wird, um sie mit den Bestimmungen der Genfer Konvention in Einklang zu bringen. In dem Dekret hat man nämlich jahrelang über die fruchtlose Ausbeutung der Arbeiter in den französischen Kolonialgebieten behandelt. Das Internationale Arbeitsamt hat diese Verhandlungen erzwingen und dabei eine Konvention zur Annahme gebracht, die zunächst die Einschränkung und nach Ablauf von 5 Jahren die völlige Abschaffung der Zwangsarbeit in den Kolonien zum Ziele hat. Die Konvention ist selbstverständlich von den französischen Vertretern, aber auch von den Vertretern Belgiens und Portugals sehr energisch bekämpft worden. Trotzdem fand sie Annahme.

Nun bemüht man sich in Paris nach außen hin unter dem Druck der öffentlichen Kritik, die Konvention zu ratifizieren. Ein Dekret bestimmt, daß künftig die

„Dau kann nächstens Rat werden.“ Er rief sein gefasstes Bierglas empor, leerte es auf einen Zug und stellte es auf den Tisch zurück.

Franze nickte nicht darauf, sondern rief lebhaft: „Du, dann war's gewiß der, der neulich abends im Hausflur an uns vorbeigehten ist. Der sah doch aber eigentlich gar nicht wie ein Unmensch aus!“

„So genau halt du ihn dir angelesen?“

„Sie macht's wieder ihr toletes Gesicht, empfand wieder die irdische Freude, ihm innerlich auszuliefern.“

„So ganz genau grad nicht. Aber nun kann ich's ja nachhaken. Ich werd' ihm jetzt ja öfter begegnen.“

„Das verzieht ich dir!“

„Er schlug auf den Tisch nieder, daß Flaschen und Gläser aneinander klirrten.“

„Du, nu, nur nicht das Bier umwerfen.“ sagte Frau Dietbold trocken. Franze aber blühte ihn drohend an.

„Du — verzieht dich ich mir nichts! Wenn mir einer in dem Ton kommen will, da bezweck er allerhöchstens das Gegenteil.“

Ein tiefer, stöhrender Atemsug drängte aus Janens Brust hervor. Schwer und langsam strich seine Hand über die Stirn, die ganz kalt geworden war. Dann lagte er sehr ruhig, mit einem dumpfen Ton: „Du halt recht, Franzel. Ich hielt dich auch nur darum, daß du solchen Begegnungen auswichst.“

„Ich halt dich wie ich an. Seine Stimme klang so kurios, als ob er etwas gewaltig in sich hinunterwürgte. Wie konnte nur einer so natürlich erschreckt sein. Als ob sie ihn nicht lieb hätte! Gerade wie er so war wie er eben war.“

Unbestimmt um die Mutter fiel sie ihm stummisch um den Hals. „Du Dummerling und du Grobian du! Dich hält ich mir auch gerade ausgelacht, wenn mir noch nach etwas anderem der Sinn stände.“

„Franze“ murmelte er nur, aber sein Arm hielt sie, als wolle er sie zerbrechen. (Fortsetzung folgt.)

Zwangsarbeit nur noch in Erfüllung der militärischen Dienstpflicht zur Abgeltung fiskalischer Verpflichtung und in Abgeltung einer gerichtlichen Strafe" zulässig ist.

Das bedeutet ja praktisch sehr wenig. Denn die Eingeborenen müssen ja schon heute ihre fiskalischen Verpflichtungen (Kopfteuer) durch Zwangsarbeit in den hiebertreibenden Knechtstätten auf den Gummibaumpflanzungen abgeben. Tausende und Abertausende sind dabei zugrundegegangen. Wenn jetzt in Erfüllung fiskalischer Verpflichtungen" der selbe Zustand weiter möglich ist, so bedeutet das Arbeitsangebot der Geister Verpflichtungen auf die das Arbeitsangebot und notfalls der Väterbund sehr energisch zurückgreifen sollte.

## Das unruhige Amerika.

Politische Hochspannung im Südkontinent.

Neuport, 31. August.

Die amerikanischen Republiken Argentinien, Peru, Brasilien und Kuba befinden sich im Augenblick in einem Zustande politischer Hochspannung. Die Fieberstimmung wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse teilweise verschärft.

Wie aus Havana auf Kuba gemeldet wird, steht in einigen Städten die Verhängung des Befehlsgesetzes über die Wehr als 20 politische Persönlichkeiten sind bereits verhaftet worden. In Lima (Peru) ist der Oberstaatsanwalt Sanchez Cerro als Präsident auf die Verfassung vorgeschlagen worden. In Buenos Aires bezweifeln einige politische Kreise, daß die argentinische Armee im Falle einer Revolution lokal zum Präsidenten Argonon stehen werde.

An der Neuporter Börse gingen die südamerikanischen Obligationen bei großen Umsätzen teilweise bis zu drei Punkten zurück.



Selmar Febr Schmidt aus der D.D.-Bank aus.

Das ordentliche Vorstandsmitglied Selmar Febr, dem die Börseninteressen der Bank seit Jahrzehnten anvertraut sind, scheidet aus dem Vorstand der D.D.-Bank aus, um als persönlich haftender Gesellschafter in das Berliner Privatbankhaus Georg Fromberg & Co. einzutreten.

## Aus der Heimat und dem Reiche.

Kernberg, den 1. September 1930.

**\* Dübener Seideverein.** Im Laufe der vergangenen Woche sind Ortsvereine in Gräfenhainichen und Bad Schmiedeberg gegründet worden, sodas der Zusammenschluß aller Ortsgruppen zum Hauptverein demnächst erfolgen wird.

**\* Die Seide blüht.** Wenn der Spätsommer uns mit seinen letzten heißen goldenen Sonnenstrahlen beglückt, feiert die Seide ihr schönstes Fest, ihr Blütenfest. In schimmerndem Weiß, in zartem Rosa, in leuchtendem Rot und in sanftem Rosa-Violett greifen uns mit ihrem wunderbaren süßen Duft die vielen kleinen Blütenbüschel des Seidenkrautes, das wir so gerne auf der Seide pflücken, um daheim unsere Zimmer zu schmücken. Eine sehr sinnige Legende knüpft sich an die rote Farbe der Blüten des Seidenkrautes. Nach einer alten deutschen Sage soll die rote Farbe der Blüten vom dem Blute der erschlagenen Helden herrühren, die in den Hünengräbern auf der Seide ruhen. Nach einem niederländischen Volksglauben soll der Anblick von weißen Seidenblüten einem glücklichen Menschen Leben und Kummer bringen.

**\* Mit dem 1. September** beginnt wiederum ein neuer Abschnitt im Glatz vieler Bürger. Zuerst werden die Beamten von ihrem Einkommen mit 2½ Prozent Abgabe an das Reich belastet. Sodann hat die Glanbahn ihre Tarife erhöht. Wer im betriebsfähigen Alter noch nicht verheiratet ist, muß die Lebenssteuer bezahlen. Wenn nun die Stadtväter noch die Getränke- und Kopfteuer beschließen sollten, dann würden auch noch die mit neuen Steuern bedacht werden, die durch die vorhergehenden Steuern noch nicht betroffen worden sind. Man sieht, der Staat hat ein einnehmendes Wesen.

**\* Sport.** Am gestrigen Sonntag zeigte sich die innerliche des Männer-Turn-Vereins neugebildete Fußballabteilung zum ersten Male der Öffentlichkeit bei einem Freundschaftsspiel, zu dem der B. f. V. Wittenberg erschienen war. Nach einem flotten Spiel konnte die Kernberger Mannschaft mit 7:5 (4:3) Tore den Sieg erringen. Es ist ein schöner Erfolg; hoffentlich trifft für die Weiterentwicklung das alte Sprichwort: Die ersten Blümen sind madig" nicht zu. Schiedsrichter war Schildauer-Bergwig.

**\* Die Reichsbahn warnt.** In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Reisende die im Fernverkehr der Eisenbahn angebrachten Hinweise "Nicht hinauslehnen" unbeachtet lassen und während der Fahrt sich hinausbeugen oder die Arme zum Fenster hinaushalten. Hierdurch sind wiederholt schwere, sogar tödliche Verletzungen eingetreten. Namentlich sind es jugendliche Personen, die auf diese Weise verunglücken. Die Eltern und Erzieher sollten diese Gelegenheiten vernehmen, auf die Folgen betriebligen Verhältnisses hinzuwirken.

**\* Oranienbaum.** Ein tabakter Handwerksbursche im Alter von etwa 50 Jahren drang bettelnd in Privatwohnungen ein, wo er abgewiesen wurde. Dadurch aufgebracht, wurde er unverzüglich und drohte, die Fenster einzuschlagen, so daß ein Polizist herbeigerufen werden mußte, damit weiteres Unheil verhindert wurde.

**Grube Ludwig.** (Selbstmord auf den Schienen.) Gestern abend 19.20 Uhr warf sich auf dem Bahnhof Grube Ludwig die 34jährige Agnes Gernick, Ehefrau eines in Leipzig-Gonnery wohnenden Beamten, vor den aus Bitterfeld kommenden Personenzug 408. Kopf und Arme wurden ihr durch den Zug vom Kumpff getrennt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. In einem in ihrer Handtasche vorgefundenen Brief nimmt sie Abschied von ihrem Manne und gibt Anweisungen für die Erziehung ihres 10jährigen Sohnes. Der Grund zu der Tat ist in einem Nervenzusammenbruch zu suchen.

**Tessen, 29. August.** Gegen Abend bemerkte die Frau eines Maurerpollers in Stolzenhain, die sich allein zu Hause befand, auf dem Boden verdrängte Geräusche. Nichts Gutes ahnend, holte sie sich Hilfe aus der Nachbarschaft. Bevor noch das Haus umstellt werden konnte, veruchte ein Eindringler aus dem Haus zu entfliehen. Nach einer längeren Jagd, an der sich eine ganze Anzahl Nachbarwohner beteiligte, gelang es, ihn zu fassen. Er leistete indessen heftigen Widerstand und veruchte gar, die Männer, die ihn nach dem Hofe zurückbrachten, vor ein vorüberkommendes Auto zu stoßen, um entfliehen zu können. Bei seiner Durchscheidung fand man verschiedene, auch holländische Ausweise vor. Seinen Namen zu nennen weigerte er sich. Zwei Kommissen, die Posten gestanden hatten, konnten in der Dunkelheit entkommen.

**Hiegmed i. Ansb., 28. Aug.** Der Dreischulze Gutsbesitzer Hermann Xange lieferte für die Herbst Pferde- und Kälber, besaß von dem Ankäufer der Lotterie bei dem Verkauf das Ferkel ein Los geschenkt und genau darauf sein geliebtes Stück Vieh zurück. Schon vor ein paar Jahren war das Glück der Familie hoch gewesen, indem es zum letzten Gemälde, einem Ruchenschieber, als Prämie einen prima Zuchtstullen gewährt.

**Delfisch.** Neuer Polizeischieß. An Stelle des letzteren wegen Bedrohung von Passanten im Anschluß amts-enthaltenen Polizeikommissars Schulz ist jetzt Polizeiobermeister Hiller aus Weifenfels die Leitung der hiesigen Polizei übertragen worden.

**Golpa.** Unter der Lokomotive getötet. Als der Heizer Wutschert aus Föhrenberg unter der Maschine Reparaturarbeiten ausführte, stieß eine andere Maschine auf. Wutschert erlitt so schwere Quetschungen, daß er kurze Zeit später verstarb.

**Stendal.** Große Butterdiebstahlungen aufgedeckt. Auf Anzeige der Verwaltung des Rittergutes Osterholz in der Altmarkt wurde der Verwalter der Gutsmolkerei und ein mit ihm zusammen arbeitender Kraftwagenführer festgenommen. Die Polizei stellte fest, daß der Verwalter mit Hilfe seines Komplizen ganze Ladungen Butter zum Schaden der Gutsverwaltung verschoben hatte. Auch die Käufer der "billigen" Ware waren festgesetzt werden. Die Unterschlagungen sollen in die Tausende gehen.

**Bad Liebenwerda.** Mit dem Motorrad gegen einen Straßenaubm. Vor der Kubbrücke in Liebig a. raste der Kaufmann G. aus Liebenwerda mit seinem Motorrad gegen einen Straßenaubm. Der Anprall war so unglücklich, daß G., der die Gewalt über sein Fahrzeug verloren hatte, einen Schädel- und einen doppelten Beinbruch erlitt und bestimmslos liegen blieb. Ohne das Verhören wiedererlangt zu haben, wurde der schwer Verunglückte ins Krankenhaus nach Herzberg gebracht.

**Halle.** Kampf mit Betrunknen. Abends wurde in der Kleinen Wühlstraße ein Polizeibeamter beim Einreiten gegen zwei Betrunknen von diesen tätlich angegriffen. Der Beamte kam zu Fall und dabei unter einen der Angreifer zu liegen. Da dem Polizisten das Freiwerden des Gummihüppels nicht gelang, mußte er vom Hirschfänger Gebrauch machen, mit dem er den Angreifer einen Schlag über den Kopf gab. Der Verletzte wurde der Unversitätsklinik zugewiesen und später in Halle genommen.

**Besseres Trinkwasser für Magdeburg.** Magdeburg. Der Magistrat hat jetzt eine Vorlage eingebracht, die Vorschläge für die Verbesserung der Wasser- und Abwasser-Verhältnisse enthält. Die Verbesserung hat besonders bei Niedrigwasserstand der Elbe in der Richtung der Mündigkeit des Trintwasser zu liegen. Nach der Vorlage ist die Zuführung von Grundwasser aus der Westlinger Seide geplant. Für die 25 Kilometer lange Strecke bis Magdeburg müßte eine Rohrleitung, die von Nalbitz über Wolmirstedt und Barleben führen dürfte, das Trintwasser bis in einen am westlichen Stadtrand zu erbauenden Hochwasserbehälter bringen. Die Vorarbeiten sind bereits in Angriff genommen. Es wird damit gerechnet, daß die neue Anlage im November 1931 betriebsfertig ist. Die Kosten einschließlich der Kanalisation Magdeburgs werden auf 9,5 Millionen RM geschätzt; man hofft, daß der preußische Staat ebenfalls Mittel beisteuert.

**Neue Beschuldigungen gegen Ziegler.** Magdeburg. Aus Burg wird gemeldet, daß gegen den Kriminalkommissar Ziegler, der in dem Beleidigungsprozeß gegen Schmidt eine unrichtige Rolle gespielt hat, jetzt die Beschuldigung ausgeprochen wird, aus einem Wachtuch aus dem Jahre 1919 mehrere Blätter mit Berichten herausgerissen zu haben. Es handelt sich hier um die Beleidigung des verstorbenen Polizeibeamten Gottschalk an der von Ziegler durchgeführten Hausdurchsicht bei Schmidt, die von Ziegler immer wieder unter Duld bestritten wurde. Es soll festgestellt worden sein, daß sich Ziegler wenige Tage vor dem Prozeß gegen Schmidt dieses Wachtuch habe abgeben lassen. Bei der Rückgabe ist nicht gerührt worden, ob es unverletzt geblieben war. Ziegler wollte abscheidend vermeiden, daß er auch in diesem Falle des Meineides überführt wird und hat die ihn betreffenden Blätter herausgerissen.

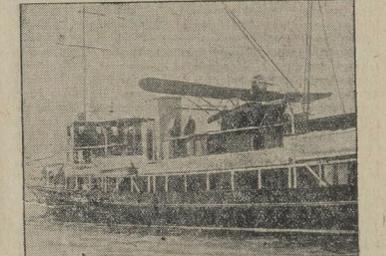
**Zerfurt (Main).** Raub von Lohngebern. Der von der Zeitschrift Bank 100000 Mark Lohngeber in Empfang genommen hatte während des Nachzahlens Geld zu entnehmen. Ein anderer, der neben ihm saß, hatte vorübergehend, dessen Zimmermerkmale dadurch abgelenkt, daß er sich auf zwei Zehnmarkstücke, die auf der Erde lagen, aufmerksam machte. Diese Scheine gehörten nicht zu dem von ihm empfangenen Gelde und waren höchstwahrscheinlich Eigentum des Täters. Er hat jedoch kein Geld im Auge und bemerkt, daß eine andere Person danach griff. Als er um Hilfe rief, entfernte sich der Täter eilig. Da der Mann nicht mehr zu finden war, erstatten die Zeitschrift Täter konnte entkommen. Die andere Person, die auf die am Boden liegenden Scheine aufmerksam gemacht hatte, konnte sich ebenfalls entfernen und sieht zweifellos mit dem Täter in Verbindung.

**Breslau.** Neue Verhaftung im Breslauer Strafgeschichtsbuch. In einem Haftprüfungstermin wurde die Verhaftung des in den Millionenereigentümern verurteilten Rechtsanwalts Stiller aus Glatz bestätigt. Der Stiller, der als Rechtsanwalt, Barilla, der als Zeuge bei dem Haftprüfungstermin anwesend war, wurde nach seiner Vernehmung auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftet.

**Leipzig.** Gattenmordprozess Bandau. Der Arbeiter Karsten Bandau, der in der Nacht des 25. Januar 1930 in seiner Wohnung zu Nordbich nicht lange nach dem Schlafengehen seine Gattin, mit der er händigt Streitigkeiten hatte, erwürgt hatte, wurde am 24. Juni 30 vom Schwurgericht Leipzig wegen Mordes zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht behauptete das Vorliegen von Ueberlegung und nahm an, daß Bandau seine Frau vorläufig geißelt habe, um mit ihr nicht länger zusammenzuleben. Gegen das Urteil des Schwurgerichts legte Bandau Revision ein, die entsprechend dem Antrag des Reichsanwalts vom Senat des Reichsgerichts verworfen wurde.

**Pretzberg.** Diebstahl im Stadtpark. In der Nähe des alten Kriegerdenkmals im Stadtpark wurde eine ältere Dame von einem jungen Mann überfallen, der ein Sittlichkeitsverbrechen veruchte. Auf die Hilfe der Ueberfallenen eilten ihre in der Nähe wohnende Tochter und zwei Nachbarn zu Hilfe, worauf der Täter die Flucht ergriff. Vermittlungswiese wurde bei der Verfolgung ein junger Mann festgenommen, dessen Inhaftung sich aber bald erledigte.

**Neuborst b. Neustadt a. d. D.** Die Bahnhofsstaffe b. r. a. b. t. Früh gegen 5 Uhr drang ein Dieb in den Bahnhofsdenkmalraum, erbrach die Behältnisse und stückte unter Mithilfe von 15 RM. Die Tat wurde dadurch möglich, daß der diensttuende Beamte den Raum verlassen hatte, um die Laternen von den Einfahrtssignalen zu nehmen.



**Die erste Jagd mit Flugzeug.** Der Direktor der Neuporter National City Bank, Colonel Edward L. Deeds, hat sich eine Jagd haben lassen, die als erste Privatjagd ein Flugzeug an Bord führt. Das 300 PS-Motortriebflugzeug kann direkt von Bord starten und wird nach der Landung auf Gleitschienen an Bord gezogen.

## Erpresserjagd bei Magdeburg

Magdeburg. Eine in ihren Ausmaßen ungewöhnliche Jagd nach einem Erpresser spielte sich bei Niederdobbeleben ab. Schon seit mehreren Wochen wurden öffentliche Körperschaften und Vereinigungen mit anonymen Briefen bedacht und aufgefordert, ihm auf bestimmten Bedingungen Geldsummen zu zahlen zu lassen. In den Briefen wurde die Zahlung von Geldsummen zu erwarten und auch sonst großen Schaden anrichten zu wollen, wurde seinen Wünschen nicht entgegen zu kommen. Das Magdeburger Polizeipräsidium stellt mit, daß hunderttausende von RM nötig seien, um die eventuell ausgeführten Schäden wiedergutzumachen. Unter anderem forderte der Erpresser am Donnerstagmorgen in einem Brief eine öffentliche Körperschaft auf, 12.000 RM in 50-Mark Scheinen in einem Paket aus dem D-Zug an der Eisenbahnunterführung Niederdobbeleben herauszuwerfen. Ein Kriminalbeamter fuhr nun mit dem Paket, das aber nur Papiermüll enthielt, in den nach Helmstedt abgehenden D-Zug mit. Die Polizei hatte selbstverständlich alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, kriminaltechnisch alle Autos und Motorräder vornehm unterwogen, auch die der D-Zug-Maschine im Zug selbst führten Kriminalbeamte mit. Die Abwurfstelle hatte der Erpresser durch ein Buchstabenzeichen kenntlich gemacht. An dieser Stelle wurde das Paket abgeworfen. Bevor der Zug zum Halten gebracht werden konnte, hatte der Erpresser das Paket geöffnet, ausgelesen und, als er sah, daß es kein Geld enthielt, wieder abgeworfen. Er schloß mit, daß die Verfolgung durch Kriminalbeamte auf Autos und Motorräder hatte keinen Erfolg. Für die Ergreifung des Erpressers sind 1.000 RM Belohnung ausgesetzt. Das Polizeipräsidium in Magdeburg hat nähere Einzelheiten über die von dem Erpresser gemachten Forderungen noch nicht veröffentlicht, um die Bevölkerung nicht unnötig in Aufregung zu versetzen.

## Noch keine Spur von dem Erpresser

Magdeburg. Der Kriminalpolizei ist es trotz ziffriger Nachforschungen noch nicht gelungen, irgendeine Spur von dem gefährlichen Verbrecher zu entdecken. Seit seiner Flucht bei Niederdobbeleben auf einem Fahrrad sind die polizeilichen Ermittlungen nie abgebrochen. Auch die genaue Richtung fiktiver Polizeistellen, behauptet man, hat bis jetzt kein positives Ergebnis gehabt. — Da der Erpresser seit Donnerstag auch von sich keine weiteren Briefe verüht und auch keine der von ihm bedrohten Persönlichkeiten mehr angerufen hat, ist für die Kriminalpolizei nurmehr maß außerordentlich schwer, in den Ermittlungen weiter zu machen. Die Polizei ist jetzt hauptsächlich auf die Mithilfe des Publikums angewiesen.

## Die neuen Steuern ab 1. September 1930.

Wir machen unsere Leser nochmals aufmerksam, daß wir mit dem Steuer-Tabellen-Verlag Altmann in Ulm (Donau) König Wilhelm-Str. 32 die Vereinbarung treffen, daß dieser unseren Lesern die neuen Steuerabellen für das Ableben des Steuer-Abzuges vom Arbeitsverdienst lediglich gegen Einzahlung der Verbandsbeiträge von 15 Pfing. liefert. Es ist genau anzugeben, ob eine Tabelle für wöchentliche oder für monatliche Lohnzahlung gemeint wird. Da jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Deutung der Steuern interessiert sein muß, so bitten wir unsere Leser nochmals von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen.



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Ausgaben: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Musikalisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsänderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 15 Pica, die Spaltenhöhe 40 Pica, Ausnahmefälle 50 Pica. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich. — Schreibweise oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Belegtagengebühr: 10.— M., das Laubend, zusätzlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 102

Dienstag, den 2. September 1930

32. Jahrg

## Neues in Kürze.

- Die Kosten für die diesjährige Reichstagswahl werden, soweit der Staat für dieselben aufkommen muß, auf 2 800 000 Mark geschätzt; die Kosten der einzelnen Parteien sind naturgemäß erheblich höher.
- Poincaré wendet sich in einem Artikel „Im Osten nichts Neues“ mit deutlicher Schärfe gegen jegliche Revision der deutschen Abgrenzungen.
- Die englische Arbeiterzeitung „Daily Herald“ greift das Reichswahlministerium in ihrer letzten Ausgabe wegen angeblicher Verbindungen mit der russischen Roten Armee an.
- Der polnische Staatspräsident hat die Auflösung des Sejm und des Senats mit Wirkung vom 30. August verkündet und die Daten für die Neuwahlen festgelegt.

## Weltwirtschaft und Tribute.

Berechtigtes Aufsehen haben im Laufe der letzten Wochen in allen europäischen Ländern und insbesondere natürlich in Deutschland maßgebende englische Stimmen erregt, welche die internationale Depression im wesentlichen auf die deutschen Tributleistungen und die dadurch veranlaßten Störungen der internationalen Weltmärkte zurückführen wollen. Es ist heute allerdings noch nicht ganz geklärt, ob der Zusammenbruch der Weltkonjunktur durch die Art der internationalen Schuldentilgung, wie sie im Youngplan festgelegt wurde, geradezu verursacht worden ist. Eines aber steht heute schon fest, nämlich, daß der Wideranstieg der europäischen Wirtschaft durch die gegenüber dem Dames-Plan nur unwesentlich geminderte Tributlast in verhängnisvoller Weise erschwert wurde. Bekanntlich soll der Europa an Amerika einen Jahresbetrag von etwas mehr als 3 Milliarden Mark an Tributen, Kriegsschulden und Zinsen, eine Verpflichtung, von welcher der allergrößte Teil auf Deutschland lastet.

Innerhalb Europas vermischt nur Frankreich einen größeren Kapitalüberfluß aus politischer und politisch bedingter Verschuldung. Seine Jahreszahlungen an Amerika und England liegen um einige hundert Millionen niedriger, als die sogenannten Reparationen, die es von Deutschland empfängt. Dieser Situation würde es entsprechen, wenn Frankreich und Amerika geneigt wären, ihren Forderungsalbo durch Einträge bei den Hauptschuldnerländern einigermaßen auszugleichen. In Wirklichkeit ist genau das Gegenteil der Fall. Frankreich zieht es vor, seine Handelsbilanz aktiv zu erhalten und um jeden Preis noch mehr Gold an sich zu ziehen. Das ist vom Standpunkt der französischen Politik, der sich wirtschaftliche Interessen stets untergeordnet haben, durchaus verständlich.

Für Frankreich ist jede wirtschaftliche und politische Schädigung Deutschlands ein so begehrenswertes Ziel, daß Frankreich zu seiner Erreichung sogar vor unethischen Maßnahmen nicht zurückschreckt. Dieses Verhalten Frankreichs ist verständlich, dagegen ist es schwer begreiflich, wie die Amerikaner eine Politik des Hochschuldes und der Abwehr fremder Waren mit ihrer Eigenhaft als Weltgroßgläubiger und Besitzer von nahezu 50% der Weltgoldvorräte vereinigen wollen, ohne schweren Schäden an ihrer Wirtschaft zu erleiden. Wenn der Dawes- wie der Young-Plan auch keine formal juristischen Bestimmungen des Inhalts enthalten, daß die sogenannten Reparationen auf die Dauer nur durch Warenlieferungen abgegolten werden können, so hat diese Tatsache doch stets als leitend gegolten.

In Zeiten guter Konjunktur ist es jahrelang vorgekommen, daß diejenigen Mittel, die Deutschland als Tribute zahlte, ihm im Kreditweg gegen Zins zurückgegeben wurden. In der Depression fällt dieser Ausweg natürlich fort. Gestatten uns unsere Gläubiger nicht, ihnen mehr Ware zu verkaufen als in der Konjunkturzeit, so verlegen sie uns in eine Lage, in der sich unsere Importe automatisch verringern, wodurch natürlich die Krise der Rohstoffländer noch weiter vertieft wird. Die in der internationalen Handelspolitik zurück immer mehr Boden gewinnende Tendenz, das Weltbeschäftigungssystem durch das Konjunktursystem zu ersetzen und möglichst von anderen Ländern nur soviel zu kaufen, als man ihnen selbst liefern, ist eben mit dem Fortbestehen von Tributen auf die Dauer nicht zu vereinigen, denn Tribute bedeuten, daß die besetzten Länder mehr exportieren als importieren müssen.

So bleibt den Gläubigerländern nur die Wahl zwischen der bestmöglichen Schädigung ihrer Industrien und Rohstoffproduktionen durch verstärkte Konjunktur bzw. verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes und einer generellen Verringerung ihrer Steuerablässe durch die Tribute, die die Finanzminister der Gläubigerländer nicht entbehren zu können glauben. Englische und

amerikanische Blätter rechnen mit dem Zusammenbruch des Young-Planes bereits für das Jahr 1932. Es wird die Aufgabe der deutschen Politik sein, schon inwärtigen Klarheit über den dargelegten Charakter zu verbreiten und für die Erkenntnis zu wirken, daß deutsche Exportsteigerung und deutsche Tributleistung auf die Dauer unvereinbare Dinge sind.

## Das Wohnungsbauprogramm

Senkung der Baukosten. — Verbilligtes Wohnen.

Berlin, 31. August.  
Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung für 1930 ist von weiten Kreisen, und zwar besonders in seinem technischen Teile anerkannt. Sachverständige, die auch mit den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen rechnen, gehen bei aller Reformtendenzsüchtigkeit zu, daß es bei der heutigen Finanzlage des Reiches keinen anderen Weg gibt,



gelingt vorgehene Verminderung des Bauaufwandes werden auf 7 bis 8 Prozent berechnet.

Die Schlüsselstelle des Bauprogramms soll unter allen Umständen gesichert werden. Alle Arbeiten bei Durchführung des Wohnungsbauprogrammes müssen, sofern sie den Charakter zusätzlicher Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm haben, ohne Überstunden ausgeführt werden. Arbeitsträfte müssen von den Arbeitsämtern bezogen werden, und schließlich darf nur inländisches Material verwendet werden.

Nicht verkannt soll schließlich werden, daß durch die nach dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm zu schaffenden Wohnungen die Nachfrage nach den nicht im Rahmen dieses Programmes ausgeführten Neubauwohnungen vermindert, und dadurch auch ein gewisser Druck auf die Preise für diese Neubauwohnungen ausgeübt wird.

## 25. Deutscher Mietertag.

Festvortrag Löbbs.

Dresden, 31. August.

In Dresden wurde der 25. Deutsche Mietertag eröffnet. Für die sächsische Staatsregierung sprach Ministerialrat Dr. Ebelmann. Dann hielt der Bundesvorsitzende J. Herrmann die Festrede.

### „Die Wohnungsfrage eine Kulturfrage“

war das Thema, das der Reichstagspräsident Löbbs für seinen Festvortrag gewählt hatte. Die erste Voraussetzung für eine Wohnung, die den kulturellen Bedürfnissen entspricht, ist ihre engere Verbundenheit mit der Natur, die auf vorzügliche Weise gesichert werden kann. Eine weitere Voraussetzung ist der genügende Umfang der Wohnung nach Zahl der Räume und ihrer Größe. Genügender Wohnraum ist nicht nur aus Gründen körperlicher Gesundheit, sondern auch zur geistigen Entwicklung nötig, mag es sich um die Spielende für die Kinder, den Arbeitsplatz für den Schüler oder um die Vermietung der Wohnungen bei Erwerbslosen handeln, die allzu eng aufeinanderdrücken. Der Wohnungsbauprogramm und die Wohnungsfrage müssen mit Hilfe der Gesetzgebung von Reich, Länder und Gemeinden einer höheren Kultur zugeführt werden.

## „Im Osten nichts Neues.“

Poincaré über die Ostrevisionfrage.

Berlin, 31. August.

In einem Berliner Blatt nimmt der ehemalige Präsident der französischen Republik Poincaré unter der Überschrift „Im Osten nichts Neues“ zu der Frage der Revision der Ostgrenzen Stellung. Das Blatt weist in einer Kopfnote darauf hin, daß es die brutale deutsche und für die französische Politik charakteristische Stellungnahme Poincarés bringe, um eine deutsche Antwort zu ermöglichen. Diese Antwort werde Herr Poincaré durch Minister Treitmanus erteilt werden. Die Überschrift des Aufsatzes stammt vom Verfasser, auch die Übersetzung ins Deutsche sei von französischer Seite geschrieben. In dem Artikel weist Poincaré zunächst darauf hin, daß die Ablehnung der von Clemenceau gewünschten Sicherheitsverträge durch Amerika und England zu einem Bersten der Hauptpfeile von Versailles geführt habe.

Trotzdem sei Frankreich befreit gewesen, „den Tempel des Friedens“ (gemeint ist der Verfallener Vertrag) zu erhalten. Der Versuch auf die Verfolgung der logenmäßigen deutschen Kriegsverbrecher, die Annahme des Dawesplanes, des Youngplans und die vorzeitige Räumung des Rheinlandes — das alles habe nach Poincaré immer wieder das Gespenst der Revision in unmittelbarer Nähe gebracht.

Er erhebt sodann einen scharfen Angriff gegen den Reichspräsidenten, indem er sagt: „Wie können unsere Nachbarn, wenn sie wirklich bei der Erleichterung eines Dauerfriedens mitwirken wollen, sich nicht über die Gefahr Rechenschaft geben, die gegen die Ruhe Europas durch den riesigen, aber immer gleichgültigen Angriff des Präsidenten Hindenburg, Birchs und Treitmanus anstürmt?“ — Unter Hinweis darauf, daß Deutschland sich durch Unterzeichnung des Kelloggpatentes den Weg zu einer Gewaltfreiheit verbaut habe, unterläßt Poincaré sodann die verträglichen Möglichkeiten einer Verringerung der Ostgrenze und sagt, außer dem Artikel 19 gelte es noch ein Artikel 5, auf Grund dessen die Entschiedenheiten des Haager Gerichtshofes oder des Völkerbundes einstimmig gefällt werden müßten. Es genüge der Widerstand Polens, und Artikel 19 habe keine Möglichkeit, ins Spiel zu treten.

Außerdem sei aber auch zu bezweifeln, daß man jemals für den Korridor oder Oberschlesien eine Lösung finden werde, die besser als der gegenwärtige Zustand wäre und ebenso dem Standpunkt des Reiches wie dem Polens gerecht werden würde. Zum Schluß gibt Poincaré eine für die chauvinistische französische Einstellung bezeichnende falsche Darstellung der Vorgänge vor der obersten Instanz an und glaubt, Deutschland vor der Unterminierung eines Wertes warnen zu müssen, „das der europäischen Einigkeit geweiht ist“.

## Bauernkredite und Osthilfe.

4 800 000 Mark bis Ende Mai.

Berlin, 30. August.

Vor Einrichtung des Staatskommissariats in Königsberg ist von den Kreditanstalten bei Betrieben bis zu 400 Morgen jeder 13. Antrag, bei Betrieben bis 800 Morgen jeder 25. und bei Betrieben über 800 Morgen jeder 55. Antrag auf Umschuldung abgelehnt worden. Im ganzen haben vor Einrichtung des Staatskommissariats etwa 80 Millionen Mark Kredite zur Verfügung gestanden. Aus dieser Summe hatten von 3300 Großbetrieben, die es in der Provinz gibt, fast 1000 Betriebe — das heißt jeder 3. Betrieb 60 Millionen bekommen, das sind drei Viertel aller Gelder.

Von den 100 000 bäuerlichen Betrieben hatten 2400 — das ist jeder 43. Betrieb — bis 20 Millionen erhalten.

Im letzten Jahre hat sich demgegenüber der Anteil der bäuerlichen Betriebskassen an den zur Verfügung gestellten Umschuldungsmitteln stark vergrößert können, bei den Betrieben von 20–40 Morgen um das Vierfache, 40–80 Morgen um das Dreieinhalbfache, 80–200 Morgen um das Dreifache, 200–400 Morgen um das Zweifache, schließlich ein Ergebnis, das man vom Standpunkt der Gerechtigkeit nur begrüßen kann. Außerdem ist es gelungen, für die bäuerlichen Betriebe neben den allgemeinen Mitteln noch besondere „Bauernkredite“ flüssig zu machen.

Aus diesen Mitteln sind bis Ende Mai 1930 1962 Anträge mit rund 4 800 000 — bereitgestellt worden.

Ansprüchen sind weitere nicht unerhebliche Summen an die Bauernbetriebe ausgegeben. Es ist also hier endlich einmal gelungen, auch die kleinen Landwirte, die bei ihrer Unerschöpflichkeit in Geldsachen sonst fast immer zu spät gekommen waren, wirksam zu unterstützen. Doch wird gerade diesem Punkt auch in Zukunft ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein.

## Curtius unterdrückt seine Badener Reize.

Baden-Baden, 31. August. Reichsaussenminister Dr. Curtius ist, während er in einer Veranlassung in Baden-Baden sprach, infolge von Überanstrengung der letzten Tage unwohllich geworden und konnte die Rede nicht zu Ende führen. Der Minister unterbrach seinen Aufenthalt in Baden und kehrte nach Berlin zurück.